



Unterschriftenliste Nummer

4					
---	--	--	--	--	--

für die Volksinitiative zu der Vorlage zu folgendem Gegenstand der politischen Willensbildung

Ich fordere Bürgerschaft und Senat auf, die Bewerbung der Freien und Hansestadt Hamburg um die Ausrichtung der Olympischen und Paralympischen Spiele im Jahr 2024 zu stoppen. Zum Olympia-Referendum 2015 soll diese Initiative mit ihren Argumenten gegen die Olympia-Bewerbung in das Informationsheft aufgenommen werden.

Vertrauenspersonen (erklärungs berechtigte Personen): **1.) Jens Gauger, 2.) Sabine Lafrentz, 3.) Horst Domnick, Datum der Anzeige des Beginns der Sammlung: 03.07. 2015**

Erklärungen: Mit meiner Unterschrift unterstütze ich die Volksinitiative zu der Vorlage zu oben genanntem Gegenstand der politischen Willensbildung. Mir ist Gelegenheit gegeben worden, den Entwurf der Vorlage im vollständigen Wortlaut zur Kenntnis zu nehmen.

1	Familienname		Vorname(n)	Tag der Unterschrift	Unterschrift	Amtliche Vermerke
	Geburtsjahr	Straße, Hausnummer		Postleitzahl HH		
2	Familienname		Vorname(n)	Tag der Unterschrift	Unterschrift	Amtliche Vermerke
	Geburtsjahr	Straße, Hausnummer		Postleitzahl HH		
3	Familienname		Vorname(n)	Tag der Unterschrift	Unterschrift	Amtliche Vermerke
	Geburtsjahr	Straße, Hausnummer		Postleitzahl HH		
4	Familienname		Vorname(n)	Tag der Unterschrift	Unterschrift	Amtliche Vermerke
	Geburtsjahr	Straße, Hausnummer		Postleitzahl HH		
5	Familienname		Vorname(n)	Tag der Unterschrift	Unterschrift	Amtliche Vermerke
	Geburtsjahr	Straße, Hausnummer		Postleitzahl HH		

Hinweise:

- Nach § 4 Absatz 2 des Volksabstimmungsgesetzes (VAbstG), darf unterzeichnen, wer bei Einreichung der Unterschriftenlisten zur Bürgerschaft wahlberechtigt ist. Die Eintragung ist wirksam, wenn der Vor- und Familienname, das Geburtsjahr und die Wohnanschrift enthalten sind. Zudem muss die eintragungsberechtigte Person eigenhändig unter Angabe des Datums der Unterschriftsleistung unterschreiben. Fehlt einer dieser Angaben, ist die Eintragung auch gültig, wenn die Identität bei der Prüfung der Listen anhand des Melderegisters eindeutig festgestellt werden kann. Unterstützungsberechtigte, für die im Melderegister eine Auskunftssperre gemäß § 34 Absatz 5 des Hamburgischen Meldegesetzes eingetragen ist, können sich auch ohne Angabe der Wohnanschrift in die Unterschriftenliste eintragen. Die Wohnanschrift wird durch den Hinweis ersetzt, dass eine Auskunftssperre vorliegt.
- Ihre Daten werden ausschließlich zur Feststellung des Zustandekommens der Volksinitiative verwendet und auch von den Initiatoren, Vertrauenspersonen und deren Hilfspersonen vertraulich behandelt.
- Jeweils zwei der oben genannten Personen sind berechtigt, für die Initiatoren folgende Erklärungen abzugeben:
 - Sie dürfen die Durchführung des Volksbegehrens beantragen (§ 6 Absatz 1 Satz 1 VAbstG),
 - sie dürfen den Entwurf in überarbeiteter Form einreichen (§ 6 Absatz 1 Satz 3 VAbstG),
 - sie dürfen den Gesetzentwurf oder die andere Vorlage zurücknehmen (§ 8 Absatz 1 VAbstG);
- für die Initiatoren beim Hamburgischen Verfassungsgericht die Feststellung zu beantragen,
 - dass die Volksinitiative zustande gekommen ist (§ 27 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 des VAbstG),
 - ob ein Gesetz oder ein Beschluss der Bürgerschaft über einen bestimmten Gegenstand der politischen Willensbildung dem Anliegen der Volksinitiative entspricht (§ 27 Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 VAbstG)